

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Lara Gerecke

Kinder- u. Jugendbeirat
bis TOP 8 einschl.

Herr Yannick Klix

Kinder- u. Jugendbeirat

Herr Christof Schneider

Seniorenbeirat

Verwaltung

Herr Michael Sarach

Bürgermeister

Herr Thomas Reich

Frau Meike Niemann

Herr Ulrich Kewersun

Herr Henning Wachholz

Herr Matthias Horsch

Veranstaltungstechnik

Frau Birgit Reuter

Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Herr Jörg Hansen

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
4. Einwohnerfragestunde
5. Festsetzung der Tagesordnung
6. Einwände gegen die Niederschrift Nr.07/2014 vom 22.09.2014
7. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 7.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 7.1.1. Finanzbericht Nr. 16/2014
 - 7.1.2. Beschlusscontrolling
 - 7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 7.2.1. Kennzahlen zum Haushalt 2016
 - 7.2.1.1. Kreisumlage
 - 7.2.1.2. Einkommenssteuer
 - 7.2.1.3. Finanzausgleich
 - 7.3. Zuweisung von Asylbewerbern
 - 7.4. Untersuchung der öffentlichen Hausanschlussleitungen
 - 7.5. Mobilfunkversorgung
8. Grundschule Am Hagen **2014/132/1**
 - Ersatzbeschaffung für das Spielschiff "Jonathan"
 - Bereitstellung von außerplanmäßigen Mitteln gemäß § 95 d GO
9. 7. Fortschreibung des Kindertagesstättenbedarfsplanes der Stadt Ahrensburg **2014/073**

- | | | |
|-----|---|--------------------|
| 10. | <p>35. Änderung des Flächennutzungsplanes</p> <ul style="list-style-type: none"> - Aufhebung des Aufstellungsverfahrens - Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses sowie Aufhebung der Beschlüsse zu den frühzeitigen Beteiligungen gem. § 3 (1) BauGB und § 4 (1) BauGB - Aufhebung der Beschlüsse zu den Beteiligungen gem. § 3 (2) BauGB und § 4 (2) BauGB - Aufhebung der Beschlüsse zu den erneuten Beteiligungen gem. § 4a (3) BauGB - Bekanntmachung der jeweiligen Aufhebungsbeschlüsse | 2014/066 |
| 11. | <p>Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 95 „Manhagener Allee 54 und 56“ für das Gebiet südöstlich der Manhagener Allee zwischen Barginkoppelredder und Ahrensfelder Weg</p> <ul style="list-style-type: none"> - Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs.1 BauGB | 2014/126 |
| 12. | <p>Städtebaulicher Vertrag über die Durchführung von Erschließungsmaßnahmen für die Verlängerung der Straße "Am Rauchhause"</p> | 2014/105 |
| 13. | <p>Vorschläge über Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts</p> | 2014/087 |
| 14. | <p>Erlass der Haushaltssatzung 2015 - Beschlussfassung über den Stellenplan 2015</p> <p style="padding-left: 20px;">- v e r t a g t -</p> | 2014/133 |
| 15. | <p>13. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Ahrensburg über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abwasserbeseitigung (Beitrags- und Gebührensatzung)</p> | 2014/138 |
| 16. | <p>Wirtschaftsplan 2015 für die Stadtbetriebe Ahrensburg</p> <ul style="list-style-type: none"> - Teilwirtschaftsplan Stadtentwässerung - Teilwirtschaftsplan Bauhof - Gesamtwirtschaftsplan | 2014/136 |
| 17. | <p>Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zu einer Veranstaltung der Freiwilligen Feuerwehr Ahrensburg</p> | AN/038/2014 |
| 18. | <p>Wahl eines Wahlleiters für die Bürgermeisterwahl 2015/2016</p> <p>Bildung eines Bürgermeisterwahlausschusses für die Bürgermeisterwahl</p> | 2014/111 |
| 19. | <p>Bestellung eines Vertreters der Selbstverwaltung in den Beirat des Kulturzentrums Marstall am Schloss e.V.</p> | 2014/108 |
| 20. | <p>Spendenannahme für das Weihnachtshilfswerk 2014</p> | 2014/119 |

1. **Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Bürgervorsteher Wilde begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. **Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Bürgervorsteher Wilde stellt die Beschlussfähigkeit fest.

3. **Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22.09.2014 wurden folgende Beschlüsse in nicht öffentlicher Sitzung gefasst:

1. Der Anpassung eines Grundstückskaufvertrages im Bereich Beimoor – Erwerb von landwirtschaftlichen Flächen für Straßenbauzwecke – wurde zugestimmt (Vorlagen-Nr. 2014/006/3).
2. Der Verlängerung eines Mietvertrages in der Hamburger Straße wurde zugestimmt (Vorlagen-Nr. 2014/072/1).

4. **Einwohnerfragestunde**

Die Schulleiterin der Grundschule Am Hagen, **Frau Thun**, stellt nach Erläuterung des Sachverhalts zur Ersatzbeschaffung für das Spielschiff „Jonathan“ nachfolgende Fragen:

1. Können Mittel für den Haushalt 2015 bereitgestellt werden?
2. Könnten die Mittel in Höhe von 30.000 € erhöht werden, da bereits zu diesem Zeitpunkt zwei größere Sponsoren ausgefallen sind?
3. Gibt es eine sogenannte Vor- oder Zwischenfinanzierung für die fehlenden Mittel?

Bürgermeister Sarach erklärt, dass eine Beantwortung der Fragen im Rahmen der Beratung des Tagesordnungspunktes 8 „Grundschule am Hagen – Ersatzbeschaffung für das Spielschiff Jonathan – Bereitstellung von außerplanmäßigen Mittel gem. § 95 d GO“ erfolgt.

Herr Frank Lose, Vorsitzender des Schulelternbeirates der Grundschule Am Hagen, regt an, 30.000 € für das Spielschiff Jonathan in diesem Jahr und eine weitere städtische Vorfinanzierung zur Verfügung zu stellen.

Frau Steinweg bittet um Auskunft über die Zukunft des Gemeindehauses bzw. der Wohnung neben der St. Johannes-Kirche. Bürgermeister Sarach erklärt, dass die Stadt hierüber keine Kenntnis hat.

Herr **Hausmann** stellt im Namen mehrerer Kinder der Grundschule Am Hagen folgende Fragen:

Warum werden der Grundschule Am Hagen immer mehr Spielgeräte fortgenommen?

Warum sollen die Kinder Geld dafür geben, wenn sie nicht auf dem Spielschiff spielen können, weil sie bis zur Fertigstellung des Baus bereits die weiterführende Schule besuchen?

Könnten die Kinder selber Geld spenden?

Bürgermeister Sarach verweist auf die Beratungen im Rahmen des Tagesordnungspunktes 8 „Grundschule Am Hagen – Ersatzbeschaffung für das Spielschiff Jonathan – Bereitstellung von außerplanmäßigen Mitteln gem. § 95 d GO“.

Herr **Jürgen Krüger** begrüßt, dass sich der Unterausschuss für die Erneuerung des Moorwanderweges ausgesprochen hat, bemängelt jedoch, dass es ein Jahr gedauert habe, um eine Ausführungsart mit einem Angebot mit einer Summe von 800.000 € vorzuschlagen. Das Angebot sei nicht nur von den Kosten her fragwürdig, sondern auch von der Ausführungsart. Er bittet die Selbstverwaltung, die Summe im Haushaltsplan zu belassen, jedoch gleichzeitig alternative Angebote einholen zu lassen. Was hat die Ermittlung des jetzigen Kenntnisstandes gekostet? Er bittet um schriftliche Beantwortung.

Herr Lang bittet um Auskunft, ob durch das Weihnachtshilfswerk auch Flüchtlingsfamilien unterstützt werden?

Bürgermeister Sarach erklärt, dass die Flüchtlingsfamilien in Haushalten wohnen und dementsprechend berücksichtigt werden.

5. Festsetzung der Tagesordnung

Die Stadtverordneten stimmen der Vertagung des Tagesordnungspunktes 14 „Erlass der Haushaltssatzung 2015 – Beschluss über den Stellenplan 2015“ zu, da noch keine Beratung im Hauptausschuss erfolgt ist.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Die Stadtverordneten stimmen anschließend mit obengenannter Änderung der mit Einladung vom 11.11.2014 versandten Tagesordnung mit der erforderlichen Mehrheit zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

6. Einwände gegen die Niederschrift Nr.07/2014 vom 22.09.2014

Einwände gegen die Niederschrift bestehen nicht.

7. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

7.1. Berichte gem. § 45 c GO

7.1.1. Finanzbericht Nr. 16/2014

Der Finanzbericht Nr. 16/2014 (**s. Anlage**) wird vom Bürgermeister zur Kenntnis gegeben.

7.1.2. **Beschlusscontrolling**

Die tabellarische Aufstellung über das Beschlusscontrolling ist auch als **nicht öffentliche Anlage** beigefügt.

7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

7.2.1. Kennzahlen zum Haushalt 2016

7.2.1.1. Kreisumlage

Der Umlagesatz des Kreises wurde vom Kreisausschuss von 34,5 % auf 36,0 % verändert. Die Erhöhung der Kreisumlage von 1,5 % ist im Haushaltsplanentwurf 2015 bereits berücksichtigt.

7.2.1.2. Einkommenssteuer

Nach dem regionalisierten Ergebnis der November-Steuerschätzung wird das Steueraufkommen insgesamt sinken und sich unter Anwendung einer inzwischen vorliegenden neuen Schlüsselzahl in Ahrensburg im Jahr 2015 um 423.182 €, somit um 2,40 % reduzieren. Nach der aktuellen Steuerschätzung sinkt das Aufkommen auch in den Folgejahren.

7.2.1.3. Finanzausgleich

Durch die Verabschiedung der Novellierung des Finanzausgleichsgesetzes ergeben sich zusätzliche Ausgaben von rd. 134.000 € für die Stadt Ahrensburg.

Hinzuweisen ist auch, dass nach aktuellen Unterlagen die an das Land und den Kreis zu zahlende Finanzausgleichsumlage ab 2016 deutlich ansteigt.

7.3. Zuweisung von Asylbewerbern

Bürgermeister Sarach berichtet, dass im Jahr 2015 mit einer Neuzuweisung von Asylbewerbern und Flüchtlingen in Ahrensburg von ca. 155 Personen zu rechnen ist. Die Stadt ist ursprünglich von einer Zuweisung von ca. 50 bis 60 Asylbewerbern/Flüchtlingen ausgegangen.

7.4. Untersuchung der öffentlichen Hausanschlussleitungen

Bürgermeister Sarach teilt mit, dass im Zeitraum ab dem 24.11.2014 bis voraussichtlich 15.12.2014 die öffentlichen Schmutzwasserhausanschlussleitungen durch die Stadtbetriebe Ahrensburg per TV-Inspektion untersucht werden. Die Arbeiten dienen der Zustandserfassung und als Planungsgrundlage für etwaige erforderliche Sanierungen. Diese Arbeiten stehen insbesondere in der Stormarnstraße, Rosenweg, Gustav-Delle-Straße, Asternweg und Otto-Schumann-Straße an. Es entstehen keine Kosten für die Anlieger. Die Kosten werden durch Gebühren abgedeckt.

7.5. Mobilfunkversorgung

Die Telekom prüft zurzeit einen weiteren Standort für den Mobilfunkmastturm und wird voraussichtlich in Kürze einen neuen Bauantrag vorlegen.

8. Grundschule Am Hagen
- Ersatzbeschaffung für das Spielschiff "Jonathan"
- Bereitstellung von außerplanmäßigen Mitteln gemäß § 95 d GO

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bildungs-, Kultur- und Sportausschusses, Herr Schubbert-von Hobe, hält den Sachvortrag.

Im Namen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN erklärt Stadtverordneter Schubbert-von Hobe, dass das Schulschiff Am Hagen im Wappen der Schule verankert und daher von besonderer Bedeutung für die Schule sei. Darüber hinaus sei es in seiner Funktion als Spielgerät – auch aufgrund des Wegfalls mehrerer Spielgeräte durch den Bau der Turnhalle – überaus wichtig. Der Schulhof würde nachmittags als öffentlicher Spielplatz für den gesamten Hagen genutzt. Für das jetzige Schulschiff sollte ein Ersatz entsprechend der Verankerung im Schulwappen geschaffen werden. Jeweils 7.500 € sollten durch Eigeneinwerbung der Schule in diesem Jahr und im kommenden Jahr erfolgen. Er beantragt deshalb im Namen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN die Ergänzung der Vorlage Nr. 2014/132 um die Ziffer 4 wie folgt:

„Für den Zeitraum des Kalenderjahres 2015 wird die Grundschule Am Hagen aufgefordert, weitere 7.500 € durch Spenden, Mäzene und Aktionen einzuwerben.“

Frau Lara Gerecke, Vorsitzende des Kinder- und Jugendbeirats, schließt sich den Ausführungen des Stadtverordneten Schubbert-von Hobe auch mit Hinweis auf das Schullogo an, verweist aber auch auf die Besonderheit dieses Spielgeräts im Vergleich zu anderen Schulen. Sie plädiert im Namen des Kinder- und Jugendbeirates dafür, dem Beschlussvorschlag der ursprünglichen Vorlagen Nr. 2014/132 mit dem Zusatzantrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN zuzustimmen.

Stadtverordneter Egan weist im Namen der WAB-Fraktion darauf hin, dass außerplanmäßige Ausgaben gem. § 95 d GO nur dann zulässig sind, wenn sie unabweisbar oder ein Aufschub besonders unwirtschaftlich ist. Eine besondere Dringlichkeit wegen ansonsten drohender unwirtschaftlicher Ersatzbeschaffung sei nicht erkennbar. Das Projekt könnte in den regulären Haushaltsberatungen 2015 beraten und genehmigt werden. Bei einem zu freizügigen Umgang mit außerplanmäßigen Aufwendungen bestehe die Gefahr eines Schattenhaushalts, einem Haushalt, der aus Deckungsmitteln bestehe, die de facto nur dem Bürgermeister bekannt seien. Im Rahmen des Haushaltsentwurfs 2015 seien die Ausgaben wieder erheblich höher als die Einnahmen mit der Folge, dass Projekte verschoben, gestrichen bzw. Prioritäten gesetzt werden müssten. Einzelprojekte sollten nicht an allen Prioritätensetzungen vorbei durch die Stadtverordnetenversammlung vorab genehmigt werden.

Die WAB-Fraktion würde, wenn diese zu der Auffassung kommt, dass dieses Projekt wichtig sei, auch Mittel und Wege finden, dies zu finanzieren, jedoch im normalen regulären Haushalt 2015. Stadtverordneter Egan stellt deshalb im Namen der WAB-Fraktion nachfolgenden Antrag AN/066/2014:

1. *Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, die Vorlage 2014/132/1 „Ersatzbeschaffung Spielschiff Jonathan“ abzulehnen, da es in diesem Fall begründete Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Bereitstellung außerplanmäßiger Mittel gem. § 95 d GO gibt.*
2. *Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, für die Ersatzbeschaffung des Spielschiffes 30.000 € im Haushalt 2015 im Produkt 21110.080000 zur Verfügung zu stellen.*

Bürgermeister Sarach weist darauf hin, dass die Stadtverordneten das Etatrecht haben, und er entsprechende Vorschläge unterbreitet.

Stadtverordnete Unger erklärt im Namen der SPD-Fraktion, dass ein Bedarf für ein weiteres Großspielgerät gesehen werde. Es sei jedoch ausschließlich ein Angebot über ein einziges Schiff ohne Alternativangebote eingeholt worden. Es gebe durchaus Anbieter, die auch Spielschiffe für 30.000 € anbieten würden. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf den verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern und die Gleichbehandlung mit anderen Schulen, bei denen Mittel für Aktenschränke, Vorhänge etc. gekürzt würden

Stadtverordnete Hengstler schließt sich im Namen der CDU-Fraktion den Ausführungen der Stadtverordneten Unger von der SPD-Fraktion an. Das 20.000 € für eine Musikanlage der Turnhalle der Grundschule Am Hagen im Haushalt eingeplant seien, sei erst in dieser Sitzung bekannt geworden. Eine Anschaffung einer derartigen Musikanlage sei aus dem eigenen Schulhaushalt mit geringeren Mitteln möglich, wie sie aus eigenen Erfahrungen bestätigen könne.

Es folgt ein weiterer Wortbeitrag durch Stadtverordneten Schmick.

Stadtverordneter Bellizzi beantragt im Namen der FDP-Fraktion, über den Beschlussvorschlag der Vorlagen Nr. 2014/132 mit der Bereitstellung von 52.800 € für ein Spielschiff abzustimmen. Er pflichtet den Aussagen des Stadtverordneten Egan zu, jedoch könnten die Unstimmigkeiten zwischen Verwaltung und Politik nicht zulasten der Kinder ausgetragen werden.

Stadtverordneter Koch erklärt, dass es sich um eine reine formale Frage handele, ob die Mittel außerplanmäßig in diesem Jahr oder im Haushalt 2015 bereitgestellt werden würden. In beiden Fällen gehe es um den gleichen Betrag und in beiden Fällen würde das Schiff auch erst im nächsten Jahr gebaut werden. Der Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss habe empfohlen, 30.000 € für das Spielschiff Jonathan bereitzustellen. Im Rahmen der Haushaltsberatungen 2015 bestehe eher die Möglichkeit durch Vorfinanzierungs- und Deckungsmöglichkeiten den vollen Betrag in Höhe von 52.000 € bereitzustellen als zum jetzigen Zeitpunkt.

Der Änderungsantrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN durch den Stadtverordneten Schubbert-von Hobe und der Antrag der FDP-Fraktion durch den Stadtverordneten Bellizzi haben sich somit erübrigt.

9. 7. Fortschreibung des Kindertagesstättenbedarfsplanes der Stadt Ahrensburg

Stadtverordnete und Vorsitzende des Sozialausschusses, Frau Brandt, hält den Sachvortrag.

Nach dem Sachvortrag dankt Stadtverordnete Brandt der Verwaltung, insbesondere Herrn Reich und Frau Beckmann mit ihrem Team, für den umfangreichen Kindertagesstättenbedarfsplan, der der Politik nicht nur einen guten Überblick, sondern auch Steuerungsmechanismen anhand gibt. Wichtig sei es, dass in die nachmittägliche Planung der Grundschule Am Schloß auch Vereine, Verbände und die Tagespflege einbezogen werden. Durch Inklusion der Vereine in den Schulen könnte einer Reduzierung der Mitglieder in den Vereinen entgegengewirkt werden. Auch die Tagespflege sollte mit einbezogen werden, da sich in diesem Bereich wieder ein neues Betätigungsfeld für Tagesmütter/-väter eröffnen könnte.

Stadtverordneter Stukenberg begrüßt im Namen der FDP-Fraktion den Kindertagesstättenbedarfsplan und sieht einen Wechsel im Trend. Zukünftig sollte genau geprüft werden, ob die Kapazitäten, die bei der Planung von Kindertagesstätten aufgeführt werden, wirklich in dem Maße benötigt werden oder ob die Tagesgruppen betreut durch Tagesmütter und -väter nicht im Einzelfall erhalten bleiben sollten. Er appelliert an diejenigen, die im Landtag vertreten sind, die gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass durchgängige Bildungswege geschaffen werden von der Tagesmutter/-vater zu den Zweitkräften in den Kitas und von den Zweitkräften in den Kitas zu den Erstkräften auch unter Berücksichtigung des Mangels an Erzieher und Erzieherinnen und der Möglichkeit den Tagesmütter/-vätern die Gelegenheit zur Weiterbeschäftigung zu geben.

Stadtverordneter Dähnhardt erklärt, dass die gültige Versorgungsquote erfüllt sei und keine weiteren teuren Baumaßnahmen voraussichtlich mehr erforderlich sind.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten über die Empfehlung des Sozialausschusses wie folgt ab:

1. *Die 7. Fortschreibung des Kindertagesstättenbedarfsplanes der Stadt Ahrensburg wird beschlossen mit folgender Änderung zu Nr. 4 der genannten Maßnahmen:*

*„Mit Beteiligung von Gewerbebetrieben **kann** ggf. mittel- bis langfristig im Gewerbegebiet (Beimoor Süd) eine Kindertageseinrichtung geplant werden.“*

2. *Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für die nachschulische Betreuung am Standort Schloßschule als Pilotprojekt zusätzlich zu den Hortangeboten zu erarbeiten.*

3. *Die Verwaltung wird beauftragt, den Kindertagesstättenbedarfsplan alle 2 Jahre fortzuschreiben.*

Abstimmungsergebnis: **Alle dafür**

Dem wie vor genannten Beschlussvorschlag ist somit zugestimmt.

10. **35. Änderung des Flächennutzungsplanes**
- **Aufhebung des Aufstellungsverfahrens**
 - **Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses sowie Aufhebung der Beschlüsse zu den frühzeitigen Beteiligungen gem. § 3 (1) BauGB und § 4 (1) BauGB**
 - **Aufhebung der Beschlüsse zu den Beteiligungen gem. § 3 (2) BauGB und § 4 (2) BauGB**
 - **Aufhebung der Beschlüsse zu den erneuten Beteiligungen gem. § 4a (3) BauGB**
 - **Bekanntmachung der jeweiligen Aufhebungsbeschlüsse**

Aufgrund des § 22 GO Schleswig-Holstein waren Stadtverordnete von der Beratung und Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes nicht ausgeschlossen.

Den Sachvortrag hält Stadtverordneter und Vorsitzender des Bau- und Planungsausschusses Herr Möller.

Anschließend erklärt Stadtverordneter Möller im Namen der SPD-Fraktion, dass die Sportplätze vom Stormarnplatz zum Ostring mittelfristig verlagert werden sollten. Die Flächen am Ostring seien für die Nutzung als Sportanlage geeignet. Da die Beschlussvorlage diesem Ziel der SPD-Fraktion nicht nachkommt, wird die SPD-Fraktion dementsprechend gegen den Beschlussvorschlag der Vorlage stimmen.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem Beschlussvorschlag zu.

Abstimmungsergebnis: **22 dafür**
7 dagegen

Dem Beschlussvorschlag ist somit zugestimmt.

11. **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 95 „Manhagener Allee 54 und 56“ für das Gebiet südöstlich der Manhagener Allee zwischen Bargenkoppelredder und Ahrensfelder Weg**
- Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs.1 BauGB

Aufgrund des § 22 GO Schleswig-Holstein waren Stadtverordnete von der Beratung und Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes nicht ausgeschlossen.

Den Sachvortrag hält Stadtverordneter und Vorsitzender des Bau- und Planungsausschusses Herr Möller.

Die Ziffern des Beschlussvorschlages 1, 3, 4 und 5 der Vorlagen Nr. 2014/126 müssen redaktionell in 1, 2, 3, 4 geändert werden.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem Beschlussvorschlag zu.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

12. Städtebaulicher Vertrag über die Durchführung von Erschließungsmaßnahmen für die Verlängerung der Straße "Am Rauchhause"

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bau- und Planungsausschusses, Herr Möller, hält den Sachvortrag.

Die Stadtverordneten stimmen anschließend dem Beschlussvorschlag zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

13. Vorschläge über Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts

Stadtverordneter und Vorsitzender des Finanzausschusses Conring hält den Sachvortrag.

Stadtverordneter Egan bedauert, dass im Rahmen der Beratung in den Ausschüssen keine intensive Auseinandersetzung über die Haushaltskonsolidierung mit möglichen Einsparmaßnahmen gerade im Hinblick auf eine weitere Verschuldung des städtischen Haushalts 2015 erfolgt sei.

Die Stadtverordneten nehmen den Beschlussvorschlag zur Kenntnis.

2014/133

14. **Erlass der Haushaltssatzung 2015 - Beschlussfassung über den Stellenplan 2015**

- ver tag t -

2014/138

15. **13. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Ahrensburg über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abwasserbeseitigung (Beitrags- und Gebührensatzung)**

Stadtverordneter und Ausschussvorsitzender des Werkausschusses, Herr Dr. Hoffmann, hält den Sachvortrag und bedankt sich im Namen des Werkausschusses bei den Stadtbetrieben für die guten Leistungen und wiederholte Senkung der Schmutzwassergebühren mit einem sehr niedrigen Stand.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem Beschlussvorschlag zu.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

16. **Wirtschaftsplan 2015 für die Stadtbetriebe Ahrensburg**
- **Teilwirtschaftsplan Stadtentwässerung**
- **Teilwirtschaftsplan Bauhof**
- **Gesamtwirtschaftsplan**

Stadtverordneter und Vorsitzender des Werkausschusses, Herr Dr. Hoffmann, hält den Sachvortrag.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem Beschlussvorschlag zu.

Abstimmungsergebnis: **Alle dafür**

17. Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zu einer Veranstaltung der Freiwilligen Feuerwehr Ahrensburg

Stadtverordnete Löwer erklärt im Namen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, dass die Freiwilligen Feuerwehren in der Stadt Ahrensburg jeden Tag zur Tag- und Nachtzeit, 365 Tage im Jahr, freiwillig, unentgeltlich zum Einsatz kommt. In diesem Jahr kam es zu erheblichen Mehrbelastungen der Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehren durch die extreme Zunahme an Bränden in Ahrensburg und Umgebung. Bündnis 90/DIE GRÜNEN möchten ihren Dank und ihre Anerkennung für die unermüdlichen Einsätze der Freiwilligen Feuerwehr in Form einer Feier zeigen und beantragen deshalb, einen Betrag von bis zu maximal 3.500 € für die Freiwillige Feuerwehr in der Stadt Ahrensburg für eine Feier zur Verfügung zu stellen. Deckungsvorschlag sind Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer.

Stadtverordneter Bellizzi stimmt dem Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu und drückt im Namen der FDP-Fraktion seinen Dank an die Freiwilligen Feuerwehren Ahrensburg für ihre Einsatzbereitschaft unter Einsatz ihres Lebens, den Aufbau der Jugendfeuerwehr, der ständigen Bereitschaft auch während der Berufstätigkeit etc. aus.

Stadtverordneter Reuber erklärt im Namen der SPD-Fraktion, dass er den Ausführungen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der FDP-Fraktion vollständig zustimmt und stellt folgenden Erweiterungsantrag:

„Die Verwaltung wird aufgefordert, einen Betrag von bis zu 5.000 € für die Freiwilligen Feuerwehren in der Stadt Ahrensburg für eine Feier zur Verfügung zu stellen. Deckungsvorschlag sind Gewerbesteuermehreinnahmen.“

Bei 140 Mitgliedern in den Freiwilligen Feuerwehren der Stadt Ahrensburg sollten 30 € pro Mitglied zur Verfügung stehen.

Stadtverordneter Schmick stimmt im Namen der WAB-Fraktion dem Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN als Anerkennung für die unermüdlichen Einsätze der Kameradinnen und Kameraden gerade in diesem Jahr mit zunehmenden Bränden vollständig zu.

Stadtverordneter Koch erklärt im Namen der CDU-Fraktion, dass diese hohen Respekt für die Arbeit der Freiwilligen Feuerwehren Ahrensburg hat, insbesondere auch mit der Intensität an Einsätzen besonders in diesem Jahr mit einer weitgehend unaufgeklärten Brandserie von Strohballen, Carports, Autos etc. Er bedankt sich ausdrücklich bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN für diesen Antrag und wird diesen im Namen der CDU-Fraktion als „Danke schön“ von Seiten der Stadt gern unterstützen.

Nach einem weiteren Wortbeitrag durch Bürgermeister Sarach wird über den Antrag der SPD-Fraktion, der wie folgt lautet, abgestimmt:

„Die Verwaltung wird aufgefordert, einen Betrag von bis zu 5.000 € für die Freiwilligen Feuerwehren in der Stadt Ahrensburg für eine Feier zur Verfügung zu stellen. Deckungsvorschlag sind Gewerbesteuermehreinnahmen“.

Abstimmungsergebnis:

**8 dafür
17 dagegen
4 Enthaltungen**

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Anschließend wird über den Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der wie folgt lautet, abgestimmt:

„Die Verwaltung wird aufgefordert, einen Betrag in Höhe von maximal 3.500 € für die Freiwilligen Feuerwehren in der Stadt Ahrensburg für eine Feier zur Verfügung zu stellen. Deckungsvorschlag sind Gewerbesteuermehreinnahmen.“

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

Dem Antrag ist somit zugestimmt.

**18. Wahl eines Wahlleiters für die Bürgermeisterwahl 2015/2016
Bildung eines Bürgermeisterwahlausschusses für die Bürgermeisterwahl**

Stadtverordneter und Vorsitzender des Hauptausschusses, Herr Schmick, hält den Sachvortrag.

Im Namen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN stellt Stadtverordneter Schmidt folgenden Antrag:

„Die Verwaltung wird aufgefordert, die Vorlage Nr. 2014/111 in eine AGG konforme Fassung zu bringen.

Die Verwaltung wird aufgefordert, bei zukünftigen Vorlagen zur Wahl der/des Bürgermeisterin/Bürgermeisters eine geschlechtsneutrale Benennung zu verwenden“.

In der Vorlagen Nr. 2014/111 sei die anstehende Wahl zur/zum Bürgermeisterin/Bürgermeister als Bürgermeisterwahl 2015/2016 bezeichnet. Der Verzicht auf eine geschlechtsneutrale Benennung sei nicht konform mit dem allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz und impliziere, dass sich nur männliche Kandidaten bewerben dürften.

Stadtverordneter Bellizzi erklärt, dass in einer Stadt, in der 12 Jahre eine Bürgermeisterin die Verwaltung geleitete habe, jedermann bewusst sein sollte, dass sich auch Frauen auf diese Position bewerben können. Die FDP-Fraktion wird den Antrag ablehnen, da dieser auch im Hinblick auf die Unvollständigkeit der Angabe von Folgekosten in Vorlagen nicht nachvollziehbar sei.

Bürgermeister Sarach schlägt eine Anpassung im Rahmen der Niederschrift vor. Bei zukünftigen Vorlagen zur Wahl der/des Bürgermeisterin/Bürgermeisters wird darauf geachtet, eine geschlechtsneutrale Benennung zu verwenden.

Stadtverordneter Schmidt erklärt, dass damit eine Abstimmung entbehrlich sein würde.

Anschließend wird über folgenden Beschlussvorschlag abgestimmt:

- 1. Der Fachdienstleiter Grundsatz- und Ordnungsangelegenheiten, Herr Fabian Dorow, wird gem. § 12 Abs. 2 Satz 1 GKWG zum Wahlleiter für die anstehende Bürgermeisterwahl/Bürgermeisterinnenwahl 2015/2016 gewählt.*
- 2. Die Mitglieder des Bürgermeisterwahlausschusses/Bürgermeisterinnenwahlausschusses für die Bürgermeisterwahl/Bürgermeisterinnenwahl 2015/2016 werden wie dargestellt gewählt.*

Abstimmungsergebnis: **29 dafür**
 1 dagegen

Anmerkung der Verwaltung

*Die überarbeitete Vorlage ist als **Anlage** beigefügt.*

19. Bestellung eines Vertreters der Selbstverwaltung in den Beirat des Kulturzentrums Marstall am Schloss e.V.

Stadtverordneter Koch schlägt als Stellvertreter für Martina Strunk in den Beirat des Kulturzentrums Marstall am Schloss e. V. Herrn Mathias Stern vor.

Die Stadtverordneten stimmen der Bestellung gemäß § 28 Ziffer 20 der Gemeindeordnung von Frau Martina Strunk als Vertreterin und Herrn Mathias Stern als Stellvertreter in den Beirat des Kulturzentrums Marstall am Schloss e. V. einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

20. Spendenannahme für das Weihnachtshilfswerk 2014

Die Stadtverordneten stimmen dem Beschlussvorschlag zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

gez. Roland Wilde
Vorsitzender

gez. Birgit Reuter
Protokollführerin